



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
110 (1900)**

136 (22.3.1900) Mittagblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-82340](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-82340)

Erster Staatsanwalt Jone n theilt mit, daß nach Meldung des Polizeikommissars Rüh (Kemscheld), der vorgefunden bereits vernommen wurde, der Kaufmann G a r n e g von Gerlau den anonymen Brief geschrieben habe. Das Gericht beschließt, den Polizeikommissar Rüh nochmals vorzuladen und auch den Kaufmann Garneg als Zeugen laden zu lassen.

Zeuge Staatssekretär Emil B o d (Kemscheld) führt die Verhandlung. Er hat ihm auf, daß die meisten Söhne achtbarer Eltern meist vom Militär befreit oder nach kurzer Dienstzeit entlassen wurden. Dann sei es ihm auch auf, daß die meisten Leute nach Köln gingen. Später erfuhr er, daß sich viele Militärschlichte von einem Dr. Ziel in Köln behandeln und freimachen ließen, so ein Brauer und ein gewisser Hausberg für 2400 M. Ferner ist es dem Zeugen aufgefallen, daß Berger sich viel in den Musterungsaltern aufhielt. Der Schwärzberger Berger, der verlorbene Stadtrat Berger, ließ sich in seiner Vertrauensstellung als Stadtrat von dem Zeugen jahrelang Listen von sämtlichen Einjährigern aufstellen. Zeuge meint noch, wenn er früher auch von Sackermann gesagt habe, daß er sich viel in Musterungsaltern aufgehalten habe, so beruhe dies auf Irrthum.

Mittelrichter Richard D r e e s, Sohn des Angeklagten Richard D r e e s sen, Sägenfabrikant zu Kemscheld, wurde 1803 unter Verurteilung einer Reklamation für Infanterie gezogen und am 1. Oktober 1808 beim Inf.-Regt. 173 in St. Völsd eingestellt. Zwei Tage später klagte er über Schmerzen in der Herz- und Magengegend und wurde deshalb von 15. bis 25. Oktober ins Lazareth gesteckt. Man stellte Anfall von Gelbfucht fest. Nach Entlassung aus dem Lazareth melbete er sich wiederholt krank. Man glaubte, daß man in ihm einen Bräunerberger habe. Am 20. Dezember lief denn auch eine anonyme Anzeige ein, daß er die Ärzte durch Medikamente Aniehe. Die Medikamente erhalte er von seinen Eltern, die sie wiederum von einem Kölner Apotheker bezögen. Behreter habe schon viele Menschen der „dientfrei geschwunden“. Daraufhin wurde D r e e s durchsucht, und man fand in seinen Taschen 30 gelbe und 82 braungrüne Pillen. Erstere erhielten Pepsinsäure, letztere Digitalin. D r e e s wurde darauf vom Militärgericht wegen Simulation mit neun Monaten Gefängnis bestraft. Er gibt heute zu, daß er die Medikamente von Struckberg bekommen habe; gebracht habe sie ihm nach St. Völsd der Angeklagte Sackermann. Vorf.: Weinen Sie, daß Sackermann gewußt hat, was er Ihnen brachte? D r e e s jr.: Das glaube ich nicht, das Völsd war ja verschlossen. Das Honorar für Struckberg, 600 M., will er von seinem Taschengelde geparkt haben. Der Angeklagte D r e e s sen, befreit heute nach wie vor, irgend etwas von dem Treiben seines Sohnes mit Struckberg gewußt zu haben. Struckberg hatte dagegen in seinem Verhöre behauptet, mit ihm verhandelt zu haben und von ihm honorirt worden zu sein. Auf Antrag des Verteidigers des D r e e s sen, werden die Briefe verlesen, die D r e e s jun. aus St. Völsd an seine Eltern geschrieben hat. Einer derselben beginnt: „L. G. I. Ich werde nicht wenig überaus sein, wenn ich auch jetzt mal einen Brief aus dem Kreis schreibe, und die Ursache, weshalb und warum, gelesen hat. Der Vorliegende bemerkt hierzu: Es wird vermuthet, daß D r e e s jr. mit den Briefen seinen Eltern einen Wink geben wollte, wie sie sich zu der Sache äußern müßten.

Zeuge Oberstabsarzt Dr. S a a r b o u r g beim 63. Infanterieregiment zu Köln erklärt, daß der Angeklagte H ü l s jr. sich ihm zum erstenmal am 9. März vorgefunden habe, nachdem ihm von Dr. Ziel gesagt worden, daß H ü l s sich beim 63. Infanterieregiment stellen wolle. Vorf.: Woher kennen Sie Dr. Ziel. Zeuge: Er habe Dr. Ziel 1860 in Bonn im Operationskursus kennen gelernt und ihn danach nicht wieder gesehen, bis er 1868 von ihm eine Karte erhielt, worin Dr. Ziel den Wunsch ausgesprochen habe, die frühere Bekanntschaft zu erneuern. Sie hätten sich dann zweimal im Café Maximilian gesprochen, sonst nicht mehr. Bei der zweiten Unterredung habe Dr. Ziel das Gespräch auf H ü l s gebracht und dabei erzählt, daß derselbe einen Herzfehler habe. Er, Dr. S a a r b o u r g, habe bei der zweiten Zusammenkunft im Café die Sache beobachtet wollen, weil Dr. Ziel das erste Mal bezüglich habe. Dr. Ziel habe indessen trotz seines energischen Widerstandes wiederum behauptet. Ihm sei dies in peitsch gemessen, daß er sich vorgekommen habe, weiteren Zusammenkünften mit Dr. Ziel und dem Wege zu geben. Bei der Unterredung des H ü l s habe er denselben sehr streng gefunden; ein Blasenkatarrh an Herzen, wie es Dr. Ziel festgestellt haben wollte, hat er nicht entdecken können. H i r t a n n jag Dr. S a a r b o u r g den Schuß, daß ein Herzkatheter, wie ihn Dr. Ziel konstatirt hatte, nicht vorhanden, die erdöse Herzthätigkeit des H ü l s vielmehr nur vorübergehend sei, etwas, was man häufig bei jungen Leuten beobachte. Er habe H ü l s deshalb für tauglich erklärt mit dem Vornamen: „Angeklagter Herzkatheter.“ Auf Grund dieses Vermerkes hätte H ü l s, wenn er eingestellt wurde, nochmals vom Bataillonsarzt untersucht werden müssen. Nicht wenig überaus ist er daher gewesen, als er erfuhr, daß H ü l s sich beim Generalkommando um eine normale Unterredung seines Sohnes gebeten und ein zweites Attest von Dr. Ziel und ein Attest von Professor Dr. Schulze in Bonn vorzulegen habe. Einem Argumente des nachkommend habe er darauf H ü l s am 24. März nochmals untersucht, und weder ein Herzgeräusch noch eine Vergrößerung des Herzens feststellen können, wie sie in den beiden Attesten angegeben waren, sondern nur eine beschleunigte Herzthätigkeit. Während er aber früher nur eine vorübergehende Störung der Herzthätigkeit angenommen habe, habe er auf Grund der beiden Atteste nunmehr eine nervöse Störung der Herzthätigkeit angenommen und H ü l s für zeitlich untauglich erklärt.

Bei der Generalmusterung in demselben Jahre ist, wie Dr. S a a r b o u r g auf Wunsch des Vorlesenden mitgeteilt wird, H ü l s dann von der Oberbefehlshaberkommission für ganz dienstuntauglich erklärt worden. Ferner wird Dr. S a a r b o u r g mitgeteilt, daß Kreiswundarzt Dr. Wolff H ü l s nach einer genauen Untersuchung im Besonderen für einen ausgeprochenen Neuranthiker erklärt hat. H i r t a n n gab Dr. S a a r b o u r g die Erklärung ab, er sei nicht zu der Neuranthie gekommen, das H ü l s n a n g l i c h sei; alle bei ihm vorhandenen Krankheitserscheinungen könnten sehr wohl auch durch den Genuß von Koffein hervorgerufen werden. Er sei der Meinung, daß H ü l s als er von Prof.

Es ist merkwürdig, welche Selbstbeherrschung dieser Mann besitzt. Durch die Gegenwart des Küchenmeisters und zweier Lakaien fühlte er sich veranlaßt, einen heftigen Gefühlsausbruch zu unterdrücken; denn er konnte und durfte diese schweigenen aber scharfen Beobachter nicht Zeugen einer hässlichen Szene werden lassen. Wir sahen uns zu Tisch. Nach kurzem Schweigen fragte mich Mühlhoff:

„Womit wirst Du Dich bis zum Diner beschäftigen, Katalist?“

„Ich werde entweder zu Hause bleiben oder vielleicht der Zante einen Besuch machen.“

(Fortsetzung folgt.)

Buntes Feuilleton.

— Der Leidensweg einer Mutter. Wir lesen im „Wiener Neuen Tagblatt“: Eine Mutter von acht kleinen Kindern hat durch volle zwei Tage für die todtkranke Kind in sämtlichen Wiener Kinderspitälern trotz eifrigster Bemühungen keinen Platz gefunden. In der Darwingasse 36 im 2. Bezirke wohnt der Herrschandwärtlergehilfe Peter Kriz. Seine acht Kinder stehen derzeit im Alter zwischen drei und zwölf Jahren. Vor einigen Tagen erkrankte sein dreijähriges Mädchen Franziska und als sich das Befinden des Kindes verschlechterte, konstatirte der in der Nähe wohnende Kinderarzt Dr. Bezall, den man rufen hätte holen lassen, eine schwere Lungenentzündung. Da die Wohnung der Eltern bloß aus Zimmer und Küche besteht und die Mutter überdies außer dem Hause arbeitet und daher das Kind nicht recht pflegen konnte, sand der Arzt die Uebersiedlung in ein Spital für unbedingt nothwendig und wies die Mutter an, sich an das Kinderspital in der Obereu Augartenstraße zu wenden. Dort wurde die Frau wegen Uebersiedlung abgewiesen. Hi-nauf

Dr. Schulze untersucht wurde, an Koffeinvergiftung gelitten habe, und daß Dr. Wolff gerade so gut getödtet worden sein könnte wie Prof. Dr. Schulze. Er glaube, auszusprechen zu dürfen, daß jedem Arzt durch Koffeinvergiftung Neuranthie vorgetäuscht werden könne. Vorf.: Von einer Täuschung des Herrn Dr. Wolff kann wohl nicht gut die Rede sein, weil H ü l s von ihm im G. fangnis unterjucht worden ist.

Nachdem Dr. S a a r b o u r g bemerkt hierauf, daß auf seine Frage, ob ein Attest bekannt sei, das die erwähnten eigenhändigen Erregungen im Facialisystem hervorriefe, G. Heimrich Prof. Dr. Schulze verneinend geantwortet habe.

Dr. S a a r b o u r g: Dann kann nur möglich sein, daß Herr Prof. Dr. Schulze sich mit der einschlägigen Literatur nicht beschäftigt hat.

Nachdem Dr. S a a r b o u r g beantragt nunmehr, den Geheimen Medicinalrath Professor Dr. Schulze (Vonn) nochmals vorzuladen, Prof. Dr. Schulze sei ein Spezialist auf dem Gebiete und habe sich ganz besonders auch mit den Mitteln befaßt, die auf die Hergründung leit einwirken. Das Gericht beschloß, den Geheimrath Prof. Dr. Schulze nochmals vorzuladen, gleichzeitig aber auch dem Oberstabsarzt Dr. S a a r b o u r g aufzugeben, an dem noch näher festzustellenden Termin nochmals zu erscheinen. Professor Dr. Schulze soll inzwischen mitgeteilt werden, aus welcher ärztlichen Literatur Dr. S a a r b o u r g geschöpft hat.

Sachverständiger Dr. Wolff erklärt auf Befragen des Rechtsanwalts S a a r b o u r g, daß er sein genaues über H ü l s abgelesen hat, nachdem er das Gutachten des Oberstabsarztes Dr. S a a r b o u r g gehört, ganz und gar aufrecht erhalte.

Inzwischen waren die beiden Kemschelder Zeugen, die Ausschluß über die Herkunft der beiden anonymen Briefe, in denen die Soldaten Friedrichs und D r e e s demaskirt wurden, geben sollten, eingetroffen: der Polizeikommissar Rüh von Kemscheld und der Kaufmann Garneg von Kemscheld-Hufen. Rüh hatte gestern auf der Primatien von einem Mitreisenden gehört, daß man sich in ganz Kasten erzählte, Garweg sei der Briefschreiber. Garweg wurde hierauf vernommen und bezeugt dies unter seinem Eide. (Köln. Vo. 1899.)

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 22. März 1900.

Sitzung des Bürgerausschusses

am Mittwoch, 21. März.

(Schluß.)

Stv. Reimuth (Heilweise schon in der letzten Nummer gebrucht, Red. d. S.-A.): Wapatten Sie auch mir bei der Beratung des Schulhauses einige Punkte zur Sprache zu bringen, die mir bei Durchsicht der uns vorliegenden Voranschläge der einzelnen Schulen ermahnenwerth erschienen. Für französischen Unterricht werden als Lehrstunden 20 M pro Wochenstunde bezahlt, während für Handfertigkeitsunterricht 75 M pro Wochenstunde jährlich bezahlt werden. Es wird somit der Handfertigkeitsunterricht höher gewerthet als der Unterricht in der französischen Sprache. Dies scheint mir nicht gerechtfertigt zu sein; denn die Befähigung zur Ertheilung des französischen Unterrichts wird nur durch jahrelange, gründliche Studien und Auswendiglernen im Ausland auf eigene Kosten von den betreffenden Lehrern erworben, während die Ertheilung des Handfertigkeitsunterrichts durch Bezug eines mehrtägigen Kurzes in Leipzig erworben werden kann. In früheren Jahren hat man auch den Fortbildungunterricht nur mit 60 M pro Wochenstunde bezahlt; jetzt aber wird derselbe höher gewerthet. Man zahlt allerdings für die Uebersetzung im Fortbildungunterricht auch noch 60 M, hat aber das wöchentliche Stundenpensal der betreffenden Lehrer bedeutend vermindert und jeder Lehrer erhält außerdem jährlich eine Funktionszulage von 400 Mark. So wie nun der verehrliche Stadtrat in voriger Sitzung den Fortbildungunterricht in letzter Zeit höher gewerthet hat, so möchte ich auch verehrl. Stadtrat bitten, den Unterricht in der französischen Sprache höher zu werthen und in Zukunft statt 60 M 75 M M zur Vergütung pro 1 Wochenstunde in das Budget einzustellen.

Stv. Rödel begrüßt die Anregung des Stv. V. Falda auf Erhöhung des Beitrages für die Schülerbüchereien und äußert noch verschiedene Wünsche bezüglich der letzteren. Was das Unterlassen des Delens der Böden anbelangt, so glaube er, daß dies nicht richtig sei. Mit einem Versuch der Unterlassung sei er aber einverstanden.

Stv. Anselm beantragt, den Oberlehrern an der Volksschule und Bürgererschule Funktionszulagen zu gewähren.

Stv. Reiffler billigt das Delen der Böden für das Richtige, wenn es ordentlich erfolge. Darauf komme es aber in der Hauptsache an.

Stv. Hage befragt, daß die Schulbiener neuerdings das Gas selbst bezahlen müssen, welches sie in ihrer Wohnung verbrauchen. Nun müssen diese Schulbiener sehr oft Abends länger Licht brennen, weil Verträge etc. in den Schulhäusern stattfinden. Man könne den Schulbienern aber nicht zumuthen, sich auf diese Weise schädigen zu lassen.

Stv. Hartmann stimmt den Ausführungen des Stv. Reiffler zu. Im Uebrigen befragte er, die Frage zu erörtern, ob nicht die hiesigen Fuhrhöfen durch andere ersetzt werden sollen. Bielefeldt empfiehlt sich ein Ueberlegen.

Stv. Sattenstein führt aus, daß über die Zweckmäßigkeit des Delens der Fuhrhöfen in den sachmännlichen Kreisen die Meinungen getheilt sind. Man solle abwarten, wie der Versuch ausfalle.

Stv. Rödel erklärt, daß die Delung seither nicht in richtiger Weise erfolgt sei. Die Delung habe man stets von Beginn des Unterrichts vorgenommen; das sei falsch. Mit dem Versuch der Unterlassung der Delung sei er, wie er nochmals erläure, einverstanden.

wurde die Frau, da sich mittlerweile bei dem Kinde auch Neuschuppen eingestellt hatte, in das Volkshospital in der Triesterstraße geschickt. Dort wurde sie mit der Motivirung abgewiesen, daß für Kinder kein Platz vorhanden sei. So wanderte sie am Donners-tag vergeblich mit ihrem kranken Kinde umher. Vorgehens früh begab sie sich in das St. Anna-Kinderspital auf die Uebelung des Professors Wiederhofer, wo der Assistent bei der Untersuchung die schwere Lungenentzündung feststellte, die Aufnahme aber nicht zu bewilligen verweigerte, weil das Kind auch an Neuschuppen litt. Die Wanderung begann von Neuem und die Mutter wurde von dem Spital aus an das Polizeikommissariat in der Sperlgaße verwiesen. Die Polizei wandte sich telephonisch an sämtliche Wiener Kinderspitälern und erhielt überall die Auskunft, daß für das Kind kein Platz sei. Die Polizei bemühte sich eifrig, der unglücklichen Mutter zu helfen, allein da kein Spital das Kind aufnehmen konnte, blieb nichts Anderes übrig, als die Frau zu den hiesigen Armenärzten zu schicken. Das Resultat war, daß sie den Rath erhielt, die anderen sieben Kinder aus dem Hause zu geben, damit sie das eine retten könne. Das Zusammensein des kranken Kindes mit den gesunden in dem engen Räume brachte auch diese in Gefahr. Nachdem also auch durch die Vermittelung der Bezirksärzte der Frau nicht geholfen war, begab sie sich wieder zur Polizei, dort wurde sie nun angewiesen, mit dem Kinde am nächsten Tage wieder zu kommen. Vielleicht werde es bis dahin gelingen, für das Kind einen Platz in einem Spital ausfindig zu machen, wo man es unterbringen könne. Ob aber das Kind den Tag noch erleben wird und ob inzwischen in dem einzigen Schlafrum nicht auch die anderen Kinder erkrankt sein werden, darum kümmert sich Niemand. Und das geschieht in der Weltstadt Wien.

— Die Koniker Wondraffaire ist noch völlig unklar. Ob die gefundenen Körpertheile diejenigen des verschwundenen Gym-

Bürgermeister von Hollander bespricht die Frage des Umbaus der Volksschule. Die Schule sei Eigentum der katholischen Kirche, das Benützungsgeld besitze dagegen die Stadt. Es sei ein Projekt ausgearbeitet worden, wonach der Umbau der Schule 22 000 M kosten werde. Man sei bei der Domänenverwaltung vorkellig geworden, wegen Schaffung eines Ausganges aus dem Schulgarten. Dieses Gesuchen sei abschlägig beschieden worden, jedoch nur der Ausgange nach der Kallen Gasse besche. Er (Rebner) halte es für bedenklich, bei einer so großen Schülerzahl, wie das Volksschulhaus sie nach dem Umbau fassen würde, sich mit einem einzigen Ausgange zu begnügen. Die Stadt müsse allerdings stets auf die Schaffung neuer Schulhäuser in Folge des raschen Anwachsens der Bevölkerung bedacht sein. Was die Anregung des Stv. Reimuth anbelange, so werde eine allgemeine Erhöhung der Bezüge für außerordentliche Leistungen erfolgen müssen. Die Handfertigkeitslehrer erhalten deshalb größere Bezüge, weil sie einer größeren Vorbereitung bedürfen. Was die Anregung des Stv. Anselm anbelange, den Oberlehrern eine Funktionszulage zu erteilen, so sei die Schulkommission nicht abgeneigt und werde der Bürgerausschuß sich in nächster Zeit mit einer diesbezüglichen Vorlage zu beschäftigen haben. Die Erhöhung des Beitrages für die Schülerbücherei werde die Schulkommission gleichfalls sehr begrüßen.

Stv. Vogel theilt bezüglich des Gases, welches jetzt die Schulbiener bezahlen müssen, mit, daß es sich nur darum handle, festzustellen, wie hoch im Durchschnitt die Kosten des von den Schulbienern verbrauchten Gases sind. Man werde den Schulbienern dann entsprechende Mehrbezüge zu Theil werden lassen.

Stv. Schmitz ersucht um Einführung der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Volksschulen.

Bürgermeister v. Hollander tritt diesem Antrage entgegen, welcher der Stadt eine Ausgabe von mindestens 70 000 M jährlich verursachen werde. Wahrscheinlich werde aber dieser Betrag bedeutend höher sein. Der Stadtrat sei gern bereit, den ärmeren Klassen auf Ansuchen möglichst weitgehend unentgeltlich die Schulmittel zu gewähren und in dieser Beziehung in der überstimmten Weise zu verfahren. Verehrlicher Weise habe sich in den letzten Jahren der von der Stadt hierfür aufgewandte Betrag vermindert, anstatt erhöht, was wohl auf die Erhebung des Wohlstandes der Bevölkerung zurückzuführen sei. Auch in sozialpolitischer Hinsicht sei die von Stv. Schmitz daterschlusame Maßregel sehr bedenklich, da hierdurch zahlreiche kleine Erfindungen vernichtet würden, welche mit dem Verlauf der Schulmittel sich eine Existenz geschaffen haben.

Stv. U l m e r fragt an, wann mit dem Bau des Lindenhof-Schulhauses begonnen werde. Wenn auch auf dem Lindenhof man allgemein der Ansicht sei, daß man für den Schulhausbau den denkbar schlechtesten Platz gewählt habe, so wünsche man doch, daß der Bau nicht mehr hinausverzoög werde.

Stv. S t r ö h ist gleichfalls für die Einführung der Unentgeltlichkeit der Schulmittel. Wenn die Stadt in den 1880er Jahren die Verfassung des Schulhauses vollziehen konnte, so sei es heute wohl auch möglich, die finanziell viel weniger einschneidende Maßregel der Unentgeltlichkeit der Lehrmittel durchzuführen.

Stv. D r e e s b a c h befragt ebenfalls die Unentgeltlichkeit der Schulmittel. Ferner bespricht Rebner die Verheerung des Bürgermeisters v. Hollander, daß die Schülerzahl der einzelnen Klassen der Volksschulen jetzt keine so große mehr sei. Rebner sucht die Nothwendigkeit der weiteren Reduzirung der Schülerzahl nachzuweisen. Er verfolge mit seinen Ausführungen hauptsächlich den Zweck, zu verheeren, daß eine eine Verlangsamung des Tempos in dem Bau neuer Schulhäuser eintrete.

Bürgermeister v. Hollander tritt den Ausführungen des Vortredners bezüglich der Befehung der Schulklassen entgegen. Es seien nur noch wenige Klassen zu hoch besetzt, mit der Festhaltung des Volksschulhauses werden aber auch diese Klassen die normale Schülerzahl erhalten. Er halte eine Schülerzahl von 50 als eine normale.

Stv. F u l d a ist für die Einführung der Unentgeltlichkeit der Schulmittel und ersucht den Stadtrat, die Sache nochmals in Erwägung zu ziehen, vielleicht werde derselbe doch zu einer anderen Ansicht kommen.

Stv. Rödel führt aus, daß er schon früher den Antrag auf Unentgeltlichkeit der Lehrmittel gestellt habe, und daß seine in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen ihn in seiner Ansicht nur bestärkt hätten. Wenn jetzt nicht mehr unentgeltliche Schulmittel bereitgestellt würden, so liege das daran, daß die Kinder, welche unentgeltliche Schulmittel bezögen, dieselben von ihren Mitbürgern schon annehmen werden. Bezüglich der Verheerungen des Bürgermeisters v. Hollander hält Rebner die Zahl von 50 Schülern pro Klasse nicht für normal, wie Herr v. Hollander behauptet, vielmehr sei diese Zahl zu hoch. In den Mittelschulen sei die Normalzahl 25—30, abgesehen gerade diese Kinder durch Erststufen Nachhilfe verschaffen können, was aber den Volksschulbienern nicht möglich ist. So lang man für die Mittelschule die Schülerzahl von 25 als eine normale ansehe, könne er die Schülerzahl von 50 bei der Volksschule nicht als eine normale betrachten.

Stv. S t e r n ist im Prinzip gleichfalls für die Unentgeltlichkeit der Schulmittel.

Stv. Reimuth führt aus, daß es nicht richtig sei, wenn Stv. Rödel behauptet, die normale Schülerzahl in den Mittelschulen sei 25—30. In der höheren Mädchenschule betrage die Normalzahl 45.

Stv. Rödel: Dann wird aber getheilt, wenn es mehr als 45 sind.

Stv. Reimuth: Auch in den Mittelschulen habe ich ungleiche Vertheilung der einzelnen Unterrichtsstunden gefunden, die aber zum Theil in der Eigenart des Unterrichts begründet sein dürften. Am höchsten gewerthet ist der Tanzunterricht an der höheren Mädchenschule mit 150 M pro Wochenstunde. Der Buchhaltungsunterricht, der aber 3 Jt. nicht gegeben wird, mit 120 M; der Unterricht in Latein und Griechisch am Realgymnasium, der Realschule und an der

maschinen Winter sind, hat noch keineswegs festgestellt werden können, zumal noch ein zweiter Jüngling, der 17½jährige Wriehschaffs-Elebe Paul Wilom, seit dem 11. d. Mts. räthselhaft verschwunden ist. Die Persönlichkeit des Ermordeten wird wohl erst festgestellt werden können, wenn der Kopf gefunden ist. Uebrigens sind die einzelnen Körpertheile kunstgerecht ausgegrenzt worden. Die bisherigen Verhöre und Hausdurchsuchungen haben kein Resultat gehabt. Einer Bekanntmachung, welche jetzt auch der Erste Staatsanwalt in Konig über die Sache erläßt, entnehmen wir folgende Sätze: Am 13. d. Mts. sind Theile eines jugendlichen menschlichen Körpers, die anscheinend von dem verschwundenen Ernst Winter betreffen, zum Theil in Packleinwand verpackt, im Mtschste bei Konig aufgefunden worden, ein Arm später auf dem hiesigen evangelischen Kirchhof. Ernst Winter ist vermuthlich in eine Wohnung zu Konig gelockt und dort getödtet worden. Der Thäter, der vermuthlich das Fleischerhandwerk erlernt hat, scheint dann, um sich des Leichnams unbemerkt zu entledigen können, den Körper zerstückelt zu haben.“ Die königliche Regierung zu Marienwerder ist um Ausfertigung einer namhaften Belohnung für die Ermittlung des Thäters ersucht worden. Ferner bemerkt der „Graub. Gef.“: Wie aus einem Privatbrief hervorgeht, verkehrte Winter, ein schlanker, hübscher Mensch, mit der Tochter eines Fleischermeisters, so daß vermuthet wird, er sei das Opfer eines eifersüchtigen Fleischergeßellen geworden. Nach einem Privattelegramm wurden die Hinterleiber des Ermordeten in der Nähe der katholischen Kirche aufgefunden. Wie der Staatsanwalt ferner bekannt macht, ist ebenfalls seit dem 11. d. Mts. der 17½ Jahre alte Wriehschaffs-Elebe Paul Wilom aus Jersorken bei Konig spurlos verschwunden. Dieser lag in Krankenhause und war an jenem Tage als gesund entlassen; er ging aus, um zu sehen, ob ein Wagen für ihn angemessen wäre seitdem hat man ihn nicht mehr gesehen. Seine Sachen hätte

Obere Mädchenschule dagegen nur mit 100 M. Nach meiner Ansicht dürfte es nicht unbillig sein, den Unterricht in Latein und Griechisch an unserer Mittelschule statt mit 100 M mit 120 M pro Wochenstunde zu bezahlen. Dies käme der Vergütung einer Stunde mit 2,50 M gleich. Köstet doch sonst eine Privatstunde in diesen Lehrgegenständen weit mehr als 3 M, und zählt doch die Handwerkschule für Mädchen hier ebenfalls 3 M pro Stunde. Ich möchte verehrlichen Stadtrath bitten, mit Wohlwollen diese Frage für das nächstjährige Budget in Erwägung zu ziehen. Nach § 3 der Satzungen der höheren Mädchenschule bestehen für die Dauer des gegenwärtigen Umfanges der Anstalt an derselben 7 etatsmäßige Stellen für Reallehrer. Zur Zeit sind aber nur 5 Stellen davon etatsmäßig besetzt, 1 Stelle wird gegenwärtig von einem Realschullehrer versehen, während die 6. Stelle überhaupt unbesetzt ist, da s. H. Klassen eingezogen und die 7. Lehrkraft somit nicht notwendig war. Nun wird aber bis Herbst wieder die Errichtung einer weiteren Parallellasse unbedingt notwendig und somit auch die Besetzung der 7. Reallehrerstelle erforderlich. Im Interesse des Unterrichts ist ein häufiger Lehrerswechsel zu vermeiden, und es ist daher sehr zu wünschen, daß mit Beginn des neuen Schuljahres die zwei im Anstaltsstatut und im Staatsbudget noch vorgesehenen Reallehrerstellen, die zur Zeit nicht besetzt sind, definitiv besetzt werden. Vom Hochbauamt werden für die höhere Mädchenschule 25 000 M in diesem Jahre noch angefordert werden, mit welchen Mitteln wohl der schon längst geplante Anbau für 6 weitere Klassenzimmer hergestellt werden soll. Da schon z. H. die Räume nicht genügen und bis Herbst dieses Jahres eine weitere Parallellasse errichtet werden muß, so möchte ich verehrlichen Stadtrath hiermit bringen bitten, die Mittel für diesen Anbau in den nächsten Tagen schon dem Bürgerausschuß anzufordern und den Anbau sofort in Angriff nehmen zu lassen, damit derselbe auch bis 11. September d. J. vollständig fertig wird. Gleichzeitig möchte ich auch dem Wunsch Ausdruck geben, es möchte bis Herbst auch wieder das aus Brettern hergestellte Handarbeitszimmer im Vorplatz des 3. Stockes unserer Anstalt entfernt werden, da Luft und Licht durch diesen Bretterbau dem 3. Stock und damit dem Gange und Lehrzimmern entzogen werden. Ferner dürfte es sich empfehlen, da mit dem Anbau auch weitere Klassenzimmer nach der Straße zu liegen kommen, die Straße an dem Schulhause mit Holzpflaster zu versehen; da der starke Fußverkehr, hauptsächlich die Wagen mit Eisenhängen und Eisenkarren ein solches Geräusch verursachen, daß man in den Klassen kein Wort versteht. Zum Schluß möchte ich mir erlauben verehrlichen Stadtrath zu bitten, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob es nicht heute schon zweckmäßiger wäre, das jetzige Schulgebäude der höheren Mädchenschule in D 7 als Volksschule zu verwenden.

Stv. A. Fuld a bringt eine Angelegenheit zur Sprache, die große Aufregung in der Bürgerschaft hervorgerufen habe. Es seien in dem Realschulsaal in dem letzten Jahre nicht weniger als 80 Schüler nicht promoviert worden. Nachträglich sei die Promovierung von 20 Schülern erfolgt. Redner erachtet um Auskunft. Er wisse zwar nicht, ob diese Rückpromovierungen berechtigt sind, jedoch sei die Maßregel sehr auffällig und verdamme es wohl, daß die größte Aufmerksamkeit zugewandt wurde.

Bürgermeister Martin erklärt, darüber keine Auskunft geben zu können, da der Herr Oberbürgermeister die Angelegenheiten des Realschulsaals selbst erledige.

Stv. Koll wünscht, der Kleinkinderschule in Redarau den Betrag von weiteren 100 M zuzuwenden.

Bürgermeister v. Hollander erwidert, der Stadtrath werde die Sache in Erwägung ziehen.

Stv. Paul erucht um mögliche Förderung der Jugendspiele durch Bildung von Spielfeldern unter den Schülern.

Bei § 29, auf die Polizei, werden zahlreiche Wünsche bezüglich der Anbringung von Uhren in der Schwefinger-Vorstadt, in der Redar-Vorstadt, auf dem Lindenhofe, auf dem Aylshofe etc. vorgebracht. Ferner wird die Beleuchtung der elektrischen Uhren in der Nachtszeit gewünscht.

Bürgermeister Ritter erwidert, daß dem Bürgerausschuß demnächst eine Vorlage wegen der Erweiterung des elektrischen Überzuges und der elektrischen Beleuchtung der Uhren zugehen werde.

Bei § 30, auf die Gesundheitspflege, empfiehlt Stv. Koch den Ankauf des Stammeischen Bades, bezugs Verwendung desselben zu einem Damentab.

Stv. Fuchs ist gleichfalls für den Ankauf des Stammeischen Bades, nur solle man dasselbe zum Männer-Freibad verwenden und an der Stelle des jetzigen Freibades ein Damentab aufstellen.

Stv. Fohsag erucht um den Umbau des Brausebades in der Schwefinger-Vorstadt und um Bereitstellung eines Platzes zur Aufstellung der Räder dasselbst.

Stv. Mayer erklärt, daß seine Parteistunde der Erwerbung des Stammeischen Bades zustimmen, wenn der Preis kein zu hoher ist. Die Frage, ob das Freibad an der Stelle des jetzigen Stammeischen Bades aufgestellt und ein Damentab an dem Platze des jetzigen Freibades errichtet werden soll, sei Sache der Erwägung des Stadtrathes.

Bürgermeister Ritter entgegnet, er freue sich, aus der Mitte des Bürgerausschusses zu hören, daß man der Erwerbung des Stammeischen Bades sympathisch gegenüber stehe. Die technischen Kerner seien mit der Prüfung der Angelegenheit beschäftigt. Der Kostenpunkt werde ein sehr erheblicher sein, wenn das Bad in einem Zustand gesetzt werden soll, daß es als Freibad benutzt werden kann. Was den Umbau des Brausebades in der Schwefinger-Vorstadt anbelange, so sei beabsichtigt, auf dem Lindenhofe gleichfalls ein Brausebad zu errichten. Nach der Erstellung desselben könne man dann das Brausebad der Schwefinger-Vorstadt bezugs Umbau desselben schließen.

Im Krankenhause zurückgelassen. Am Freitag und am Sonnabend fanden eine große Zahl Verhöre und Hausdurchsuchungen bei Fleischern, in Schuppen und Höfen, sogar in der Synagoge statt, heute wurde die Familie eines christlichen Fleischermeisters vernommen. Die Untersuchungsergebnisse werden geheim gehalten, Verhaftungen haben noch nicht stattgefunden.

Ein Kind aus dem Fenster geworfen. Ein merkwürdiger Unglücksfall ereignete sich in Köln a. Rh. Dort mußte aus sanitätspolizeilichen Gründen das Haus Eintrachtstraße 73, das meist von ärmeren Familien bewohnt war, geräumt werden. Da die meisten Bewohner die Räumung verweigerten, wurden sie zwangsweise hinausgeführt. Zwei Familien jedoch, die anderwärts kein Unterkommen finden konnten, lehrten heimlich in die frühere Behausung zurück. Als dies bekannt wurde, erschienen abermals städtische Arbeiter, um die Leute hinauszuführen. Eine Wäscherin, die des Morgens zur Arbeit gegangen war, hatte nun an diesem Tage ihr sieben Wochen altes Kind einer anderen, noch im Hause befindlichen Frau zur Wartung übergeben. Diese hatte das Kind auf ein Bett unter Decken und Rissen gelegt. Als die Arbeiter an die Räumung der Wohnung gingen, meinte die Frau, sie sollten nur Alles was nicht zerbrechlich sei, einfach durch das Fenster auf die Straße werfen. Einer der Männer ergriff ahnungslos ein Bündel Bettzeug, zwischen welchem der Säugling lag, und warf es zum Fenster hinaus. Das Kind erlitt einen Schädelbruch und starb alsbald. Die Frau wurde deshalb wegen fahrlässiger Tötung des Kindes zur Verantwortung gezogen, und mit zwei Monaten Gefängnis bestraft.

Sprichwörter für Rabler. Was ein Rabler werden will, trümmet sich bei Zeiten. — Gut Gewissen ist ein sanftes Satteltüschchen. — Wer da rabelt auf der Straße, muß die Leute reden lassen. — Der Rabler fällt nicht vom Rab. — Lüste redt und täuscht Niemand! — Wo ein Wirth ist, sammeln sich die Rabler. (Münchener „Jugend“.)

Stv. Koch tritt nochmals für seine Anregung wegen des Ankaufs des Stammeischen Bades ein.

Stv. Camerlin wünscht, auch eine Abtheilung für Frauen bei dem Umbau des Brausebades in der Schwefinger-Vorstadt vorzusehen.

Bürgermeister Ritter erklärt, es seien bereits 4 Frauengellen vorzusehen.

Stv. Schleich fragt an, wie weit die Angelegenheit der Erstellung eines Freibades in Redarau geblieben sei.

Bürgermeister Ritter entgegnet, daß die Frage des Redarauer Freibades schon gelöst war, daß aber das betreffende Terrain in einem größeren Geländeaustausch gefallen sei. Es werde ein neuer Platz gesucht werden, sobald die Anstellung schon im nächsten Jahre erfolgen könne.

Stv. Schent erucht um die Erstellung eines Brausebades auf dem Jungbusch.

Bürgermeister Ritter erwidert, daß man mit Anträgen auf Errichtung weiterer Bäder ein langwieriges Tempo einschlagen solle, da schon jetzt eine sehr große Summe für die Bäder aufzuwenden sei.

Stv. Fuchs unterstützt entschieden den Antrag des Stv. Schent, der ihn seinerzeit wiederholt.

Bürgermeister Ritter entgegnet, er habe die Bedürfnisfrage nicht verneint. Der Stadtrath werde die Sache in Erwägung ziehen.

Bei der Position „Bedürfnishäuschen“ entspinnt sich eine längere Debatte über die Erstellung von Bedürfnishäuschen in der Schwefinger-Vorstadt, auf dem Jungbusch, auf dem Lindenhof etc. Seitens des Stadtrathes wird erklärt, daß die Häuschen erst dann erstellt, resp. eröffnet werden können, wenn das Bezirksamt die Erlaubnis zum Ankauf der Häuschen an die Kanalisation erteilt habe.

Bei Position „Abfuhranstalt“ beklagt Stv. Anselm die mangelhafte Abholung der Hausabfälle.

Stv. Fohsag erklärt, daß die Erhöhung der Bezüge, welche die Bediensteten der Abfuhranstalt als Ersatz für den Wegfall der Neujahresgeschenke erhalten haben, ungenügend sind. Weiter seien die Neujahresgeschenke, die an die Verwaltung der Abfuhranstalt geschickt würden, bis jetzt noch nicht zur Verteilung gelangt. Weiter sei ihm zu Ohren gekommen, daß in der letzten Zeit bei der Abfuhranstalt eine große Anzahl von Bestrafungen stattgefunden habe. Er wüßte hierüber Auskunft. Weiter bemängelt er die Höhe der Löhne der Arbeiter der Abfuhranstalt, namentlich der Kanalarbeiter.

Stv. Ulmer führt aus, daß er einige Bemerkungen über den Lohnstarif der städtischen Arbeiter machen müsse. Er wolle anerkennen, daß sich die Leute, welche den Tarif ausgearbeitet, große Mühe gegeben haben, aber dieser Tarif werde nicht eingehalten. Redner führt zum Beweise der Richtigkeit seiner Ausführungen einige Beispiele aus der Gasfabrik an. Er erucht den Stadtrath um Auskunft darüber, ob es in dem Belieben der einzelnen Ressortchefs liegt, dem Lohnstarif zu entsprechen oder nicht.

Stv. Schmitz macht ähnliche Ausführungen wie der Vordredner.

Bürgermeister Ritter gesteht zu, daß thatsächlich unter den Arbeitern große Unzufriedenheit wegen des Gehaltsstarifs herrsche. Diefelbe sei wohl mit darauf zurückzuführen, daß sich die Arbeiter zu großen Hoffnungen hingeeben haben bezüglich der Wirkung des Gehaltsstarifs. Eine allgemeine Erhöhung der Löhne der Arbeiter war nicht der Zweck des Tarifs. Die Hauptaufgabe desselben war vielmehr, den Arbeitern den Fortbezug des Lohnes bei Krankheit, Urlaub, militärischen Reservierungen etc. zu sichern. Dieses Ziel sozialpolitischer Arbeit ist erreicht worden. Ein neben dieser Hauptaufgabe laufendes Ziel war, die Arbeiter auf einen Minimallohn zu drängen. In dem Tarif war der Mehraufwand für die Lohnverbesserungen etc. auf ca. 46,000 M veranschlagt worden. Ausgegeben wurden aber 66,825 M, also erheblich mehr. Davon entfielen allerdings 12,800 M für nachträglich vom Stadtrath gewährte Ertragsverbesserungen, der andere Mehraufwand ist entstanden durch Mehrleistungen der Arbeiter. Dem Stadtrath liegen jetzt Eingaben auf weitere Verbesserungen verschiedener Arbeiterkategorien vor. Es kann zwar absolut nicht gesagt werden, daß die einzelnen Forderungen für sich genommen übertrieben erscheinen, namentlich mit Rücksicht auf die geringen Preise für Lebensmittel, Wohnungen etc., aber bei der großen Zahl der Arbeiter sollen die verlangten Verbesserungen doch sehr erheblich ins Gewicht. Wenn sie sämtlich genehmigt würden, entstünde dann der Stadt ein Mehraufwand von ca. 150,000 M. Redner kommt sodann auf die verschiedenen Beschwerden zu sprechen, welche gegen einzelne Ressortchefs eingelaufen sind, weil den Arbeitern der ihnen in dem Tarif zugesicherte Lohn nicht ausbezahlt werde. Verschiedene dieser Beschwerden hätten sich als unbegründet erwiesen. Nur im Gastwert sei konstatiert worden, daß einzelne Feuerarbeiter statt des festgesetzten Lohnes von M 3,90 nur M 3,30 erhalten. Die Direktion habe diese Maßregel damit erklärt, daß die Leute erst auf Probe angestellt würden, da man nicht wissen könne, ob sie den Dienst auch versehen können. Redner hält diese Maßregel für verkehrt und erachtet es für das allein Richtige, den Feuerarbeitern den ihnen gemäß dem Tarif zustehenden Lohn sofort vom Tage ihres Eintritts an voll auszuzahlen.

Stv. V. Pfeiffle ist nicht der Ansicht, daß man bei der Festsetzung des Tarifs nicht den Zweck einer allgemeinen Erhöhung des Lohnes der Arbeiter verfolgt habe. Vor Allem habe man aber bei Regulatio so aufgeschaut, daß unter den in ihm festgesetzten Löhnen kein Arbeiter ausgelassen werden dürfe. Redner wundert sich nur, daß bei den Löhnen, welche die Stadt zahlt, überhaupt ein gelernter Arbeiter zu derselben gehet, da er anderwärts viel höheren Lohn erhalte. Er thut dies wohl nur, weil er glaube, bei der Stadt eine sichere Anstellung zu haben. Redner verlangt die strenge Durchführung des Tarifs.

Stv. Chr. Schneider gibt zu, daß sich die Arbeiter größere Hoffnungen gemacht haben, als erfüllt worden sind; namentlich wenn man nicht einmal halte, was man versprochen habe. Redner kann die Maßregel bezüglich der Feuerleute nicht begreifen. Er bedauere sich dafür, hier im Bürgerausschuß zu sitzen, wenn die Beschlüsse dann von den Ressortchefs nicht ausgeführt werden.

Stv. Sühling befragt die Löhne einzelner Arbeiterkategorien. Auch er verlangt, daß die Ressortchefs sich nicht über die Beschlüsse des Bürgerausschusses hinwegsetzen. (Da Stv. Sühling geradezu schreit, rufen einige Nationalliberale: Sie brauchen nicht so zu schreien, wir hören ganz gut.) Stv. Sühling versteht dies falsch und meint, er solle noch lauter reden resp. schreien und er bringt die Kunststück unter förmlicher Heiterkeit des Hauses auch fertig, allerdings erlaßt seine Lungentrakt schon nach einigen Minuten.) Stv. Sühling wirft schließlich den Ressortchefs vor, daß sie den Arbeitern nur deshalb die ihnen zustehenden Löhne nicht auszahlen, um am Jahresabschluss mit großen Ueberschüssen bestehen zu können.

Stv. Dreesbach: Die Klagen über die Nichtausführung des Gehaltsstarifs haben sich im Laufe der Zeit nicht vermindert, sondern vermehrt. Wir haben die Löhne nicht bewilligt, damit sie nicht ausbezahlt werden. Die Probezeit für die Feuerarbeiter bei dem Gaswerk ist eine Einrichtung, die nirgends besteht, sie existirt auch bei keinem Privatindustriellen, sondern nur in der Stadtverwaltung Mannheim. Die Gehaltskommission habe zwar Ausnahmen von dem Tarif gestattet, aber nur nach oben hin und nicht nach unten. Kein Ressortchef hat das Recht, weniger zu zahlen, als in dem Tarif festgesetzt ist. Die Ressortchefs scheinen päplicher als der Papst zu sein. Ich vermahne mich dagegen, daß Stadtrathsbeschlüsse, welche die Billigung des Bürgerausschusses gefunden haben, umgangen werden. Wir dürfen uns das absolut nicht gefallen lassen von einigen Streibern, die vielleicht in den einzelnen Ressorts herumhüpfen.

Bürgermeister Ritter erklärt, daß er dankbar sei, für jeden Fall, der ihm unter Namensnennung zur Kenntniß gebracht werde, in welchem dem Arbeiter sein Lohn nicht voll ausbezahlt worden sei. Was die neuen Eingaben anbelange, so werde die Gehaltskommission dieselben in der nächsten Sitzung beraten.

Stadtbaurath Eisenlohr: Es ist heute so viel über die Ressortchefs gesagt worden. Das können Sie doch glauben, daß wir es lieber mit zufriedenen Arbeitern zu thun haben als mit unzufriedenen. Wir haben bei der Eintheilung der Arbeiter in die verschiedenen Klassen die Vorstände der einzelnen Abtheilungen zusammengerufen und mit ihnen die Sache genau durchgesprochen, damit ja keine Ungerechtigkeit vorkommt. Die Ressortchefs können auch nicht die Verhältnisse bei jedem Arbeiter wissen. Wir müssen uns auf unsere Unterbeamten verlassen. Ganz entschieden Verwahrung muß ich einlegen gegen den Vorwurf der Willkür. Wir haben ganz sicher nicht die Absicht, mit Ersparnissen zu glänzen. Bisher waren wir auf dem Tiefbauamt nur immer in der Lage, mit Nachforderungen zu kommen. Vom Tiefbauamt sind nur zwei Klagen über falsche Lohnberechnungen eingelaufen, das ist bei einer Arbeiterzahl von 400 sicher sehr wenig. Ich möchte öffentlich den Wunsch aussprechen, daß die Arbeiter, wenn sie glauben, nicht richtig behandelt zu werden, zuerst zu ihrem Chef kommen und ihnen ihre Sache mittheilen, damit sich ein gegenseitiges Vertrauen zwischen Beamten und Arbeitern ausbilde. Ich möchte das wirklich im Interesse eines guten Einverständnisses wünschen.

Stv. F. König: Die Reden, welche bisher über die vorliegende Frage gehalten wurden, sind ausnahmslos von jener Seite (der linken Seite. Red.) gekommen. Wir müssen aber zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Rednern einen großen Unterschied machen und zwar zwischen demjenigen, was die Herren Dreesbach und Pfeiffe gesagt haben und den Ausführungen der übrigen Redner. Was die Herren Dreesbach und Pfeiffe ausgesagt haben, findet größtentheils unsere Zustimmung und Unterstützung. Wir sind ganz damit einverstanden, daß die städtischen Arbeiter nicht zu den sogenannten schlecht bezahlten Arbeitern gehören dürfen, sondern daß es gute Arbeiter sind und gute Bezahlung haben. Wir sind ferner darin mit den Herren Dreesbach und Pfeiffe einig, daß der aufgestellte Tarif auch ausgeführt werden muß u. namentlich nicht unter die Minimalgrenze heruntergegangen werden darf. Aber wir hätten doch gewünscht, daß man bezüglich des scharfen Tones etwas mehr Vorzicht hätte walten lassen. Auch wir wollen die Interessen der Arbeiter vertreten. Wir sind aber der Ansicht, daß die Vorstände der städtischen Kempter auch Arbeiter sind, die gleichfalls Anspruch auf gerechte Behandlung haben. In einem so großen Betriebe kann nicht der Vorstand Alles und Jedes überwachen. Es können da Mißverständnisse und Fehler vorkommen. Ich bezeichne die Art, wie diese Mißverständnisse aufgedeckt werden, als etwas tendenziös. Ich stimme vollständig dem bei, was Herr Stadtbaurath Eisenlohr gesagt hat: Es hätten sich andere Mittel und Wege finden lassen. Auch hier hätte man Manches weglassen sollen, was gesagt worden ist: die Spigen und Schärpen. Wozu sollen die Vorstände der städtischen Kempter gegen ihre Pflicht handeln? Es sind doch auch Menschen, die menschlich fühlen. Wozu sollen sie denn ihren Arbeitern ein paar Pfennige abzwaden, um die Steuerzahler zu schonen? Wir hätten also gewünscht, daß die Spigen und Schärpen in den Reden der Herren Dreesbach und Pfeiffe nicht enthalten gewesen wären. Was die Reden der anderen Herren anbelangt, so waren dieselben ganz einfach demagogisch, wie man sie in Volksversammlungen hört, wie sie aber nicht im Bürgerausschuß vorkommen sollen. Auch waren sie nicht frei von Gehässigkeiten und tendenziösen Uebertreibungen. Wir wollen das Wohl der Arbeiter gerade so gut wie Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet). Wir suchen die Gerechtigkeit gerade so gut wie Sie. Sie werden mit jeder Beschwerde von Arbeitern, die gerechtfertigt ist, bei uns die größte Unterstützung finden. Wenn Sie aber überbelten, wenn Sie ungerecht werden, wenn Sie die Sprache der Straße hier sprechen, dann werfen Sie auf die Sache, die Sie hier vertreten wollen, einen Schatten und das schadet dieser Sache. (Lebhafte Weisfall.)

Stv. Barber: Es sind bei mir ein ganzes Bündel von Beschwerden eingelaufen. Ich habe dieselben in der Gehaltskommission noch nicht vorbringen können, weil eine Sitzung derselben nicht stattgefunden hat. Die Beschwerden sind erst dann an mich gekommen, nachdem die Arbeiter sich vergeblich an ihre Vorstände gewandt haben. Gehaltsdirektor Hoyer erklärt, daß jetzt kein Feuerarbeiter mehr angestellt sei, der nicht 3,90 M pro Tag beziehe.

Stv. Dreesbach gibt zu, in erregtem Tone gesprochen zu haben. Wenn aber Herr König diese Gelegenheit hätte, wie ich, lässlich derartige Klagen zu hören, und wenn er wie ich die Ueberzeugung hätte, daß die Klagen Leute die ihren Vorgesetzten kein Recht gefunden haben, wenn er ferner wüßte, daß ich schon im Sommer v. J. im Stadtrath darauf aufmerksam gemacht habe, aber trotzdem jetzt nach einem halben Jahre wieder dieselben Klagen laut werden, dann würde er begreifen, daß man erregt wird. Redner fordert nochmals dringend die Abstellung der Beschwerden. Ueber die Nachforderungen habe er sich heute absichtlich nicht ausgesprochen.

Stv. Sühling: Es gereicht mir immer zur Genugthuung, wenn die Nationalliberalen schimpfen. Ich habe immer das Gefühl, kein gutes Tagewort vollbracht zu haben, wenn die Nationalliberalen nicht geschimpft haben. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Ich soge mir dann stets, Du hast heute Deine Pflicht gegen die Arbeiterinteressen nicht erfüllt. Es thut mir ja leid, wenn die Nationalliberalen immer wieder schlecht abschneiden. Meine Schuld ist es nicht. Die Herren Nationalliberalen erkennen die Lage der Zeit nicht, sie stehen immer zu spät auf, sie müssen früher aufstehen. (Heiterkeit.)

Stv. Ulmer und Stv. Schneider vermahnen sich gegen den Vornurf der Demagogie.

Stv. V. Pfeiffe erklärt, die Schlussbemerkung des Herrn Stadtbauraths Eisenlohr habe ihm sehr sympathisch berührt. Die einzelnen Ressortchefs sollten eine bestimmte Zeit in der Woche festsetzen, in der sie für ihre Arbeiter zu sprechen sind. Man werde auf diese Weise ein gutes Einverständnis herstellen.

Bürgermeister Martin: Ich möchte mich dahin aussprechen, daß der Herr Oberbürgermeister, den ich heute vertrete, ganz der Meinung ist, daß Beschlüsse des Bürgerausschusses strikte durchzuführen werden müssen. Wenn der Tarif nicht durchgeführt ist, müssen die Misthände unbedingt abgestellt werden. Es ist ganz richtig, daß wenn das Statut den Ressortchefs die Erlaubnis gibt, auch Ausnahmen zu machen, dies nur nach oben hin geschehen darf. Wenn es vorgekommen ist, daß ein Arbeiter sich mit einer gerechten Beschwerde an seine zuständigen Vorgesetzten gewandt hat, von demselben aber nicht angehört worden ist und seine Beschwerde keine richtige Beledigung gefunden hat, so ist dies streng zu verurtheilen und wir werden die Sache genau untersuchen, wer es auch ist. Wir müssen verlangen, daß die Ressortchefs ihren Arbeitern Gehör schenken und gerechte Beschwerden abstellen, sonst kann man es den Arbeitern nicht übel nehmen, wenn sie sich nicht an ihre Ressortchefs wenden, sondern an andere Stellen, von denen sie glauben, mehr Gehör zu finden.

Stv. Mayer: Zu den Ermüderungen der Herren auf jener (linken) Seite gegen die Ausführungen des Herrn König war so wenig Grund vorhanden, wie er nur vorhanden sein kann. Herr König hat sich in demselben Sinne ausgesprochen, wie es seitens des Herrn Bürgermeisters Martin jetzt geschehen ist, daß nämlich Remedur einreden muß, wenn den Arbeitern noch dem rechtlich beschlossenen Gehaltsstarif Unrecht geschieht. Herr König hat sich nur gegen die demagogische Seite jener Ausführungen gewandt, genau wie das Herr

Amts- und Kreis-Verkündigungsblatt.

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1899 festgesetzte Dividende der Reichsbankanteile im Betrage von 10,48%, wird die Reizzahlung mit

Mark 209,40

für den Dividendschein Nr. 12 vom 20. März d. J. ab bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, bei den Reichsbankhauptstellen, Reichsbankstellen, sowie bei sämtlichen Reichsbanknebenstellen mit Kasseneinrichtung erfolgen.

Berlin, den 19. März 1900. Der Stellvertreter des Reichskanzlers Graf Posadowski

Bekanntmachung.

Der Beginn der nächsten Prüfungsprüfung ist auf Dienstag, 23. April d. J., festgesetzt.

Die Wünsche um Aufhebung der Prüfung sind spätestens bis 1. April auf den nach § 4 Abs. 2 und 3 der landesrechtlichen Verordnung vom 8. Dezember 1893 (Verordnungsblatt 1894 Seite 1) erforderlichen Belegen beim Bezirksamt zur weiteren Vorlage einzureichen.

Wannheim, 20. März 1900. Groß. Bezirksamt. Schaefer.

Bekanntmachung.

Die Abänderung des Statuts der Ortskrankenkasse der Mannheimer in Mannheim.

(188) Nr. 25001 1. Mit Bezug auf die Bekanntmachung vom 27. Dezember v. J. Nr. 1124081 weisen wir darauf hin, daß das Statut der Ortskrankenkasse der Mannheimer in Mannheim (vom 1. April d. J. an: Ortskrankenkasse für Handwerkerbetriebe der Stadt Mannheim) dahin abgeändert worden ist, daß die Betriebe der Siedertisch, Lagerhalter, Kohlenhändler, Holzhandl., Fischhändler, Metzgereien und Lebensmittel-, Metzgerei-, Konditorei- und Bäckereibetriebe, sowie die in § 1 Abs. 3 des Handelsbuches bezeichneten Betriebe der Ortskrankenkasse der Mannheimer in Mannheim einbezogen sind.

Da jedoch für die genannten Betriebe der Ort der Wohnort des Arbeitnehmers, nicht der Wohnort des Betriebes maßgebend ist, so sollen die Mannheimer in Mannheim, die bei der Ortskrankenkasse der Mannheimer in Mannheim in der Wohnung des Arbeitnehmers wohnen, sich dem Statut der Ortskrankenkasse der Mannheimer in Mannheim anschließen.

Wannheim, 21. März 1900. Gr. Bezirksamt. Mitglieder.

Wannheim, 20. März 1900. Groß. Bezirksamt. Schaefer.

Wannheim, 23. März 1900. Nachm. 2 Uhr, werde ich im Landstadel Q 4, 5 hier.

Wannheim, 21. März 1900. Schneider, Gerichtsbevollmächtigter. M 2, 5

Wannheim, 21. März 1900. Alfred Hrabowski. D 2, 1. Telefon 488

Wannheim, 21. März 1900. Schneider. Gerichtsbevollmächtigter in Mannheim.

Wannheim, 21. März 1900. Schneider. Gerichtsbevollmächtigter in Mannheim.

Wannheim, 21. März 1900. Schneider. Gerichtsbevollmächtigter in Mannheim.

Nationalliberaler Verein Mannheim.

Wir laden unsere Mitglieder hiermit höflichst ein, sich an der Samstag, den 31. März ds. Js., Vormittags 11 Uhr stattfindenden

Enthüllungsfeier

Bismarck-Denkmal

und namentlich an dem Festzuge recht zahlreich zu beteiligen. Die Anmeldungen der Teilnahme an dem Festzuge bitten wir bis spätestens 26. ds. Mts. an Fräulein I. v. Soiron, C 7, 15 gelangen zu lassen.

Der Vorstand.

Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband Hamburg.

Ortsgruppe Mannheim.

Freitag, den 23. März 1900, Abends 9 Uhr punktlich, im Saale der Liedertafel, K 2, 30

Große öffentl. Versammlung.

Thema:

Die wirtschaftliche Lage des deutschen Handlungsgehilfenstandes an der Schwelle des 20. Jahrhunderts. Deutschnational oder sozialdemokratisch.

Redner: Herr Rich. von Pein, Hamburg.

Nach dem Vortrage freie Reden. An alle Mitglieder und selbständige Kaufleute ergoht hierdurch freundl. Einladung.

Der Vorstand.

Internationale Ausstellung Hunden aller Rassen zu Mannheim

vom 20. bis 22. April 1900 in der Reitbahn und den Marställen des Gr. Schlosses veranstaltet vom Verein der Hundefreunde Mannheim.

Sing-Verein.

Donnerstag, 22. ds., Abends 7 1/2 Uhr, ordentliche Mitgliederversammlung.

Wannheimer Liedertafel

Donnerstag, den 23. März, Abends 7 1/2 Uhr, Special-Probe für 1. u. 2. Tenor.

Maifische

Rheinsalm Felchen, Bratbückinge, Matjes-Heringe, Malta-Kar-ffel.

Ph. Gund, Pflanzen.

große frische Eier

1 Schock (60 St.) = 4 Mk., 1/2 Schock (30 St.) = 2,25 Mk.

Apollo-Theater. Hoch wie gefundene Attraktion, phänomenal fliegendes Luftballet, sowie die übrigen Specialitäten.

Gesang- und Gebetbücher. profest. und kath. empfiehlt in reichster Auswahl. Wilh. Richter, C 1, 7, Breitstrasse.

Todes-Anzeige. Verwandten und Freunden mache ich die traurige Mitteilung, daß meine liebe Frau Margaretha Hess geb. Nesper gestorben ist.

Flaggen u. Flaggenstoffen

anlässlich der bevorstehenden Bismarckfeier halte ich mein reichassortirtes Lager bestens empfohlen.

J. Gross Nachfolger.

Handelskammer für den Kreis Mannheim.

Der Vorschlag für 1900 und die Rechnung pro 1899, welche letztere von den Herren Rechnungs-Revisoren geprüft ist, liegen im Sinne des Art. 22 des Gesetzes vom 8. Dezember 1878.

Mannheim, den 21. März 1900. gr.: Diffeuß.

Einladung.

Auf Grund des Gesetzes vom 8. Dezember 1878 bezw. 20. April 1886 Art. 22 und gemäß § 15 der Geschäftsordnung werden die Wahlberechtigten des Kammerbezirks zur Jahresversammlung auf Mittwoch, den 11. April 1900, Mittags 12 Uhr, im Sitzungssaale der Handelskammer, freundlichst eingeladen.

Tages-Ordnung: 1. Vorlage und Genehmigung des Vorschlags pro 1900.

2. Entlastung des Rechners. 3. Wahl dreier Rechnungs-Revisoren. Mannheim, 21. März 1900.

Handelskammer für den Kreis Mannheim. gr.: Diffeuß.

Evangelischer Diakonissenverein.

Unsere verehrlichen Mitglieder werden hiermit zu unserer Freitag, den 30. März d. Js., Nachmittags 5 Uhr, in unserer hiesigen Anstalt, F 7, 27 29, stattfindenden

Ordentlichen General-Versammlung

freundlichst eingeladen.

Tagesordnung: 1) Erstattung der monatlichen Rechenschaftsberichte und des ärztlichen Berichtes für das Jahr 1899. 2) Ertheilung der Entlastung an den Vorstand.

Mannheim, 19. März 1899. Der Vorstand.

Deutsche Steinzeugwarenfabrik für Canalisation u. Chemische Industrie.

Für das Geschäftsjahr 1899 kommen 17% Dividende zur Verteilung, die mit Mark 170.— per Actie bei der Gesellschaftskasse in Friedrichsfeld in Baden und bei dem Bankhause Gebrüder Bonte, Berlin W Behrenstraße 54 vom 1. April cr. an zahlbar sind.

Wein-Versteigerung.

Mittwoch, den 16. April 1900, Mittags 12 1/2 Uhr zu Friedrich im O. im Saale des Hotel Siedling läßt Herr Rosal und Gutsbesitzer Julius Goldschmidt in Dürkheim (Besitzer des früheren Ludw. B. L. fischen Weingutes daselbst)

ca. 105.000 Liter 1896er und 14.000 Liter 1897er Weißweine

eigenes Wachstum und aus selbst gekelterten Trauben der besten und besten Lagen von Dürkheim und Ungeln durch den unterzeichneten Igl. Notar versteigern.

Sammt Gr. Weine sind reine Naturweine, wofür jede Garantie übernommen wird.

Probetage: Samstag, den 31. März, Freitag, den 6. April, sowie am Versteigerungstage, 16. April im Hotel Siedling.

Dürkheim, den 15. März 1900. Justizrath Biffar, kgl. Notar.

Dankagung.

Zum Andenken an einen Heuere Verstorbenen sind aus 1000 Mark zum Besten des Diakonissenanstalt überreicht worden, für welche mir hiermit meinen herzlichsten Dank aussprechen.

Vorstand des Evang. Diakonissenvereins, Mannheim, 21. März 1900. Lu. Is. holländische Torfstreu (trockene Waare) aus hier unterzeichnetem Schiffe hat billigst abgegeben.

Turn-Verein Mannheim.

Sonntag, 24. März, Abends 8 Uhr, wird die 9. ordentliche Mitgliederversammlung abgehalten.

Die Tagesordnung: 1. Statutenänderung nach dem bürgerlichen Gesetzbuch. 2. Bericht über den Jahresbericht. 3. Bericht über die Verwaltung. 4. Bericht über die Finanzen. 5. Bericht über die Mitglieder. 6. Bericht über die Turnplatz. 7. Bericht über die Turnplatz. 8. Bericht über die Turnplatz. 9. Bericht über die Turnplatz.

